

A11 Ungeteilte Internationale Solidarität – Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel

Gremium: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin
Beschlussdatum: 09.02.2026
Tagesordnungspunkt: 15. Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Präambel / Einleitung

2 Als GRÜNE JUGEND Berlin stehen wir für linke, international solidarische,
3 queerfeministische und kapitalismuskritische Politik, die Unterdrückung in all
4 ihren Formen bekämpft. Wir erkennen intersektionale Diskriminierung und
5 Unterdrückung an und verstehen entsprechend unsere Solidarität als übergreifend.
6 Phänomene wie Rassismus, Kolonialismus, Patriarchat und Kapitalismus
7 unterstützen und verstärken sich gegenseitig und sind nicht getrennt voneinander
8 zu betrachten. Als GRÜNE JUGEND Berlin verpflichten wir uns dazu, uns auf die
9 Seite aller unterdrückten und leidtragenden Menschen zu stellen und unsere
10 Solidarität nicht selektiv auszuüben.

11 Wir erkennen unsere bisherigen Versäumnisse im Umgang mit und der Thematisierung
12 der andauernden Ungerechtigkeiten in Gaza und im Westjordanland an. Wir bieten
13 Bildungsangebote und Aufarbeitung der bisherigen Politik zu Israel und Palästina
14 an. In diesem Kontext stellt dieser Antrag eine neue Beschlusslage für
15 ungeteilte Solidarität mit allen Leidtragenden im Israel-Palästina-Konflikt dar.
16 Wir nutzen den Begriff Nahostkonflikt aufgrund seiner eurozentristischen Prägung
17 bewusst nicht.

18 Kontext

19 Der Konflikt zwischen Israel und Palästina und das Leid in Gaza sind das
20 Ergebnis einer jahrzehntelang andauernden ungerechten Geschichte, die sowohl
21 jüdische als auch palästinensische Menschen durch Gewalt, Vertreibung und
22 massives körperliches sowie emotionales Leid tief geprägt hat. Während der
23 Konflikt für viele Menschen in Politik und Gesellschaft in Deutschland erst seit
24 dem 7. Oktober 2023 ein greifbares Phänomen geworden ist, erkennen wir die
25 jahrzehntelange Geschichte und die damit verbundenen Ungerechtigkeiten an. Eine
26 Betrachtung des Konflikts ausschließlich ab dem 7. Oktober 2023 vernachlässigt
27 die Realität der Auseinandersetzungen und stellt eine völlige Verfehlung der
28 notwendigen Kontextualisierung der Ereignisse der letzten 2,5 Jahre dar.

29 Der Terroranschlag der radikal-islamistischen Terrororganisation Hamas am 7.
30 Oktober 2023 war ein abscheuliches Verbrechen, welches wir als GRÜNE JUGEND
31 Berlin aufs Schärfste verurteilen. Am 7. Oktober 2023 wurden die meisten
32 jüdischen Menschen seit dem Holocaust ermordet. Derartige Angriffe auf
33 Zivilpersonen stehen in direktem Widerspruch zu Völker- und Menschenrechten und
34 widersprechen allen Grundsätzen von Menschlichkeit. Der 7. Oktober 2023 stellt
35 eine historische Zäsur dar. Wir erkennen das Leid aller Opfer und Betroffenen
36 an. Ebenso verurteilen wir als GRÜNE JUGEND Berlin steigenden Antisemitismus und
37 Übergriffe auf jüdische Menschen sowie jüdisches Leben, nicht nur hier in
38 Berlin, sondern überall. Wir verpflichten uns dem Kampf gegen Antisemitismus und
39 dem konsequenten Schutz jüdischen Lebens. Besonders in Deutschland tragen wir
40 dafür eine besondere Verantwortung, nicht einmal 100 Jahre nach den
41 schrecklichen Verbrechen der Nationalsozialisten.

42 Jüdischen Menschen wurde über Jahrhunderte unermessliches Leid zugefügt, über
43 systematische Diskriminierung und Pogrome hinweg bis hin zur Gipfelung im
44 Holocaust und den Verbrechen des 20. Jahrhunderts. Jüdische Menschen haben das
45 Recht auf ein sicheres Zuhause und auf einen Staat, in dem sie frei von Angst,
46 selbstbestimmt und dauerhaft geschützt leben können. Dieses Zuhause haben
47 Millionen jüdischer Menschen in Israel gefunden. Das erkennen wir an.

48 Zugleich erkennen wir an, dass mit der Staatsgründung Israels 1948 massive
49 Verbrechen und Ungerechtigkeiten gegenüber der palästinensischen Bevölkerung
50 einhergingen. Von der Nakba (arabisch für „Katastrophe“) 1947-49 waren rund
51 700.000 arabischstämmige Palästinenser*innen durch Flucht, Vertreibung und
52 Entrechtung unmittelbar betroffen. Die Nakba bedeutete in weiterem Sinne auch
53 die Zerstörung von Gesellschaft, Kultur und palästinensischer Identität. Die
54 palästinensische Bevölkerung wurde auch bereits vor 1948 zum Opfer von
55 Unterdrückung und geopolitischen Interessen westlicher Mächte, ausgedrückt
56 beispielsweise in der Balfour-Deklaration von 1917, in welcher die britische
57 Regierung der zionistischen Bewegung eine „nationale Heimstätte“ für das
58 jüdische Volk in Palästina zusicherte.

59 Wir stehen fest an der Seite jüdischer Menschen im Kampf gegen Antisemitismus.
60 Wir erkennen ihr Recht auf einen sicheren Staat sowie das völkerrechtlich
61 festgeschriebene Recht eines Staates auf Selbstverteidigung an. Dieses Recht
62 gilt jedoch nicht als Freibrief für das Vorgehen der in Teilen rechtsextremen
63 israelischen Regierung im Gazastreifen seit 2023, das weit über Selbstschutz
64 hinausgeht, außer jedem Verhältnis steht und in klar erkennbaren genozidalen
65 Taktiken massives Leid über die Bevölkerung in Gaza bringt.

66 Wir stellen uns ausdrücklich gegen die Gleichsetzung von Antisemitismus mit
67 Kritik an der israelischen Regierung. Während Antisemitismus durchaus einer der
68 Gründe für solche Kritik sein kann, ist es eine falsche Schlussfolgerung, diese
69 Phänomene kategorisch als gleich zu betrachten. Eine solche Pauschalisierung
70 eines komplexen und kontrastreichen Diskurses verzerrt die Realität.
71 Palästinenser*innen sowie palästinasolidarische Menschen werden zu oft
72 kategorisch unter Generalverdacht gestellt. Ihnen wird somit die Legitimation
73 ihrer Argumente auf unsachliche Weise entzogen.

74 Der Genozid in Gaza

75 In Gaza sind seit 2023 mindestens 70.000 Menschen (laut einer Studie des Max-
76 Planck-Instituts wahrscheinlich sogar über 100.000 Menschen) ermordet worden.
77 Diese Zahl ist Ende Januar 2026 auch offiziell von Israel bestätigt worden.
78 Millionen Menschen sind wiederholt vertrieben worden, hunderttausende verletzt.
79 Die Bevölkerung war Opfer gezielter Hungerkampagnen durch die systematische
80 Blockade von Hilfslieferungen, das Gesundheitssystem ist in weiten Teilen
81 kollabiert. Die Blockade von Hilfslieferungen, wahllose und willkürliche
82 Bombardierungen nicht-militärischer Ziele, die Ausnutzung von Hunger als Waffe
83 sowie die militärische Kollektivbestrafung der über 2 Millionen Einwohner*innen
84 Gazas sind eklatante Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht.

85 Unterschiedliche Berichte von UN-Gremien und Menschenrechtsorganisationen wie
86 Amnesty International, Human Rights Watch und B'Tselem weisen auf genozidale
87 Merkmale der Kriegsführung und systematische Kriegsverbrechen hin. B'Tselem, die
88 größte Menschenrechtsorganisation Israels, hat im Juli 2025 einen Bericht unter
89 dem Titel „Our Genocide“ veröffentlicht. Der Bericht spricht von einem

90 Politikwechsel der israelischen Regierung gegenüber Palästinenser*innen nach dem
91 7. Oktober, von Massentötungen und der Erzeugung lebensunwürdiger Umstände im
92 Gazastreifen, ernsthaftem körperlichem und seelischem Schaden einer ganzen
93 Bevölkerung, systematischer Zerstörung von essenzieller Infrastruktur,
94 Zwangsvertreibungen sowie ethnischer Säuberung. Weiterhin wirft der Bericht der
95 israelischen Regierung Massenverhaftungen, Missbrauch von palästinensischen
96 Häftlingen in israelischen Gefängnissen, Zerstörung von palästinensischer
97 Gesellschaft, Kultur und Bildung sowie einen Angriff auf die palästinensische
98 Identität durch die absichtliche Zerstörung von Flüchtlingslagern und
99 Untergrabung der Arbeit des Hilfswerks der Vereinten Nationen für
100 palästinensische Flüchtlinge UNRWA vor.

101 Die Betrachtung des israelischen Vorgehens im Gazastreifen sowie rassistischer
102 und genozidaler Aussagen israelischer Regierungsmitglieder führen für B'Tselem,
103 wie auch für andere Menschenrechtsorganisationen, zum Schluss, dass Israel im
104 Gazastreifen einen Genozid begeht. Das Vorgehen der israelischen Armee im
105 Gazastreifen erfüllt auch nach Einschätzung der UN-Sonderberichterstatterin
106 Francesca Albanese zentrale Kriterien der Genozid-Konvention: systematische
107 Tötung, Massenvertreibungen, gezielte Vernichtung der zivilen Infrastruktur,
108 bewusste Erzeugung von Hunger und Krankheit sowie die Blockade humanitärer
109 Hilfe. Diese Schlussfolgerung erkennen wir als GRÜNE JUGEND Berlin an. Auch
110 Genozidforscher*innen, z.B. vertreten durch die International Association of
111 Genocide Scholars, teilen diese Einschätzung und fordern die internationale
112 Gemeinschaft dazu auf, ihren damit verbundenen völkerrechtlichen Pflichten
113 nachzukommen. Dazu gehört auch die konsequente Umsetzung der Haftbefehle des
114 Internationalen Strafgerichtshofs gegen den israelischen Ministerpräsidenten
115 Benjamin Netanjahu und den ehemaligen israelischen Verteidigungsminister Yoav
116 Gallant.

117 Den seit 2023 andauernden Genozid in Gaza erkennen wir als historische
118 Kontinuität einer andauernden Geschichte von Unterdrückung, Vertreibung,
119 Besetzung und Gewalt gegenüber palästinensischen Menschen durch israelische
120 Regierungen und extremistische Siedler*innen an.

121 Eine Fremdherrschaft über Gaza lehnen wir als GRÜNE JUGEND Berlin konsequent ab.
122 Nur Palästinenser*innen sollten über die Zukunft Gazas entscheiden. Als GRÜNE
123 JUGEND Berlin stehen wir zum Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser*innen. Den
124 sogenannten „Trump Plan“, wie auch das „Board of Peace“, lehnen wir entschieden
125 ab. Statt gerechten Frieden zu schaffen, legitimiert dieser Plan die
126 fortschreitende Kolonialisierung palästinensischen Landes, verfestigt bestehende
127 Machtasymmetrien und untergräbt Bemühungen für wirklichen und gerechten Frieden.

128 Die Situation im Westjordanland

129 Die palästinensische Bevölkerung im Westjordanland leidet seit Jahrzehnten unter
130 Besatzung, Enteignung, Vertreibung und systematischer Diskriminierung durch die
131 israelische Regierung und extremistische Siedler*innen. Seit dem Sechstagekrieg
132 1967 ist das Westjordanland völkerrechtswidrig von Israel besetzt. Die
133 gewaltsame Ausweitung der israelischen Siedlungen hat wiederholt gegen
134 internationale Abkommen verstoßen und stellt einen eklatanten Bruch des
135 Völkerrechts dar (die vierte Genfer Konvention verbietet unter anderem das
136 Umsiedeln der eigenen Bevölkerung in besetzte Gebiete). Ganze palästinensische
137 Gemeinden im Westjordanland sind zerstört worden, tausende Menschen wurden

138 vertrieben und in Flüchtlingslager in Städten wie Hebron oder Ramallah
139 gepfercht. Über 1.000 Menschen sind allein seit dem 7. Oktober 2023 im
140 Westjordanland getötet worden, über 10.000 Menschen verletzt. Palästinensische
141 Menschen werden wiederholt Opfer von gewaltsamen Übergriffen sowohl durch das
142 israelische Militär als auch durch Siedler*innen.

143 Selbstbestimmung und Bewegungsfreiheit von Palästinenser*innen im Westjordanland
144 sind durch hohe israelische Militärpräsenz, Checkpoints und israelische
145 Siedlungen stark beschränkt. Die palästinensische Bevölkerung ist dem Militär- &
146 Besatzungsrecht der israelischen Regierung ausgesetzt und wird in ihren
147 fundamentalsten Freiheiten massiv eingeschränkt. Verbunden mit der
148 Staatenlosigkeit vieler palästinensischer Menschen sind eklatante Beschränkungen
149 fundamentaler Grundrechte, die israelische Staatsbürger*innen genießen,
150 beispielsweise Auslandsreisen, Migration, Familiennachzug, nationales Wahlrecht,
151 politische Teilhabe, aber auch simple Bewegungsfreiheit innerhalb des
152 Westjordanlands. Palästinenser*innen mit israelischer Staatsbürgerschaft
153 genießen auf dem Papier zwar die gleichen Rechte wie jüdische Israelis, sind
154 aber trotzdem systematischer Diskriminierung und struktureller Benachteiligung
155 ausgesetzt.

156 In ihrem Bericht „A Threshold Crossed“ stellte die Menschenrechtsorganisation
157 Human Rights Watch bereits 2021 fest, dass Israels Behörden sich der Apartheid
158 und der Verfolgung aufgrund von rassistischen, politischen und religiösen
159 Motiven schuldig machen (beides davon klassifiziert als Verbrechen gegen die
160 Menschlichkeit). Human Rights Watch spricht von einer übergreifenden
161 israelischen Regierungspolitik, die seit mehr als einem halben Jahrhundert
162 methodisch eine der beiden Bevölkerungsgruppen, die auf dem Land zwischen dem
163 Mittelmeer und dem Jordan leben, privilegiert. Gleichzeitig weisen die
164 israelischen Behörden laut dem Bericht der anderen Gruppe, den
165 Palästinenser*innen, minderwertige Rechte zu und diskriminieren sie
166 systematisch. Am stärksten betroffen sind davon die Menschen in den besetzten
167 Gebieten. Human Rights Watch kommt zu dem Schluss, dass die israelische
168 Regierung eine Politik verfolgt, „die darauf abzielt, das, was sie offen als
169 demografische Bedrohung durch Palästinenser bezeichnen, abzuschwächen und das
170 verfügbare Land für jüdische Gemeinden zu maximieren, während die meisten
171 Palästinenser in dichte Enklaven konzentriert werden“. Human Rights Watch
172 verweist auch auf eklatante Völkerrechtsbrüche durch die Abriegelung des
173 Gazastreifens und das „diskriminierende System von Zugangserlaubnissen“ im
174 Westjordanland sowie die Beschlagnahme palästinensischen Landes im
175 Westjordanland. Auch Amnesty International kommt in einem ausführlichen Bericht
176 zum Schluss, dass durch die israelische Regierung begangene Rechtsverletzungen
177 den Tatbestand der Apartheid erfüllen.

178 Für die andauernde Gewalt, Entrechtung, Vertreibung, Enteignung und Annexion im
179 Westjordanland braucht es konkrete Konsequenzen. Dazu gehören strafrechtliche
180 Verfolgung der politisch und militärisch Verantwortlichen sowie Sanktionen gegen
181 am völkerrechtswidrigen Siedlungsbau beteiligte Institutionen, Unternehmen,
182 Organisationen und natürliche Personen. Sämtliche illegale Siedlungen im
183 Westjordanland einschließlich Ostjerusalem müssen rückgebaut, annektiertes
184 Gebiet zurückgegeben und Reparationen an die vertriebenen und entrechteten
185 Palästinenser*innen gezahlt werden.

186 Völkerrechtsverstöße gegen palästinensische Gefangene in israelischen
187 Gefängnissen

188 Die Situation palästinensischer Gefangener in israelischen Gefängnissen ist
189 erschütternd. Ein großer Teil palästinensischer Häftlinge wird seit Jahrzehnten
190 in Gefängnissen innerhalb Israels festgehalten. Nach herrschender
191 völkerrechtlicher Auffassung stellt dies einen Verstoß gegen Art. 76 der IV.
192 Genfer Konvention dar, nach welchem geschützte Personen in besetztem Gebiet
193 gefangen gehalten werden müssen und dort ihre Strafe verbüßen sollen. Berichten
194 von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International oder B'Tselem zufolge
195 wurden tausende Palästinenser*innen seit dem 7. Oktober 2023 festgenommen. Im
196 Oktober 2024 waren über 9.000 Palästinenser*innen in Haft in israelischen
197 Gefängnissen. Fast die Hälfte der Häftlinge wurde in „Administrativhaft“
198 genommen, ohne Prozess und ohne Verteidigung.

199 Amnesty International berichtet von körperlichen Misshandlungen in den
200 Gefängnissen, massiven Einschränkungen von familiärem und rechtlichem Besuch,
201 stark begrenztem Zugang zu Strom oder Wasser, Hunger sowie Schließungen von
202 Krankenstationen. Im Bericht „Welcome to Hell“ beschreibt B'Tselem basierend auf
203 Berichten von palästinensischen Häftlingen psychologische und physische
204 Misshandlung, Gewalt, bewaffnete Übergriffe auf Gefangene, Verwehrung von
205 notwendiger medizinischer Versorgung, Aushungerung, sexuelle Übergriffe und
206 Vergewaltigungen. Laut B'Tselem zeichnen die Berichte ein klares Bild von
207 systematischem und institutionalisiertem Missbrauch und Folter palästinensischer
208 Gefangener. Auch ein Bericht der unabhängigen Kommission für Menschenrechte ICHR
209 beschreibt sexuelle Übergriffe, Folter und unmenschliche Behandlung
210 palästinensischer Häftlinge. Als GRÜNE JUGEND Berlin verurteilen wir diese
211 massiven Rechtsverletzungen aufs Schärfste und fordern Aufklärung sowie
212 strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen und internationale
213 Sanktionierung.

214 Deutsche Verantwortung

215 Deutschland trägt am Genozid in Gaza und der Vertreibung und Entrechtung der
216 Palästinenser*innen im Westjordanland aktive Mitschuld. Wir als Grüne Jugend
217 Berlin stellen uns explizit gegen Waffenexporte nach Israel. Wir verurteilen
218 diese zutiefst. Zudem bestürzt uns, dass nach der Ankündigung von Merz im
219 September, keine Einzelausfuhrgenehmigungen nach Israel mehr zu erteilen,
220 bereits beschlossene weitergeliefert wurden, und auch die Genehmigungen zwei
221 Monate später wieder erteilt wurden.

222 Als Südafrika mit dem Vorwurf des Genozids gegen Israel vor dem Internationalen
223 Gerichtshof klagte, stellte sich Deutschland gegen die Klage und vor Israel. Wir
224 befürworten ausdrücklich eine Klage vor dem IGH und sprechen uns für eine
225 schnelle und unabhängige Untersuchung aus. Deutschland muss aufhören, Staaten,
226 die aufgrund von legitimen Genozidvorwürfen angeklagt werden, diplomatische
227 Rückendeckung zu geben.

228 Kriminalisierung von Palästinasolidarität, internationale Solidarität

229 In Deutschland, ganz besonders in Berlin, haben wir eine beunruhigende
230 Kriminalisierung palästinasolidarischer Bewegungen erlebt.
231 Demonstrationsverbote, unverhältnismäßige Kontrollen und körperliche Übergriffe
232 sowie Polizeigewalt gegenüber Demonstrierenden und Aktivist*innen tragen zu

233 einer gezielten Einschüchterung und Unterdrückung palästinasolidarischer Stimmen
234 bei. Diese Repressionen treffen häufig bereits marginalisierte Menschen. Das
235 politische Schweigen und die pauschalisierende Verschmähung
236 palästinasolidarischer Stimmen verschärfen bereits bestehende Machtasymmetrien.

237 Als GRÜNE JUGEND Berlin verurteilen wir Antisemitismus und die Verherrlichung
238 von radikal fundamentalistischem Islamismus. Wir solidarisieren uns nicht
239 pauschal mit allen Akteur*innen. Antisemitische Positionen sind in Teilen des
240 pro-palästinensischen Spektrums verbreitet, weil Kritik an der israelischen
241 Regierung und der Besatzung zu häufig in eine kollektive Zuschreibung an „die
242 Juden“ und damit in verschwörungsideologische Bilder und israelbezogenen
243 Antisemitismus kippt; genau diese Entgrenzung ist für uns eine rote Linie.

244 Wir lehnen aber auch die Pauschalisierung, Vorverurteilung und Repression von
245 Palästinasolidarität in Deutschland sowie international strikt ab. Die klare
246 Unterscheidung von Antisemitismus und Kritik an der israelischen Regierung ist
247 politisch und für die Schaffung eines gerechten Diskurses absolut essenziell.

248 Die Solidarität der GRÜNEN JUGEND Berlin gilt allen Menschen, die unter
249 Unterdrückung leiden und gegen ungerechte Systeme kämpfen. Dazu gehören auch die
250 Menschen im Sudan, in der Demokratischen Republik Kongo, in der Ukraine und in
251 Rojava, die seit Jahren und Jahrzehnten bewaffneten Konflikten, genozidaler
252 Kriegsführung, Vertreibung, ethnischer Säuberung und Repressionen ausgesetzt
253 sind.

254 Verantwortung der grünen Partei

255 Palästinasolidarische Stimmen sind innerhalb der grünen Partei zu lange klein
256 gehalten und ausgegrenzt worden. Die häufig einseitigen und pauschalisierenden
257 Diskussionen und Statements von Mitgliedern und Mandatsträger*innen der grünen
258 Partei sahen und sehen wir kritisch. Wir erkennen die dadurch entstandene
259 psychische Belastung für Parteimitglieder sowie für persönlich Betroffene an. Es
260 fehlt noch immer an Aufarbeitung, an Bildungsarbeit, an offenen Debattenräumen,
261 an Reflexion und an Kritikfähigkeit.

262 Mit ihrem Selbstverständnis als Menschenrechtspartei begibt sich die grüne
263 Partei in eine eindeutige Verantwortung gegenüber internationalem Recht. In der
264 zu häufig und zu lange uneingeschränkten Solidarität gegenüber Israel ist sie
265 ihren eigenen Ansprüchen dahingehend nicht gerecht geworden. Wir vergessen
266 nicht, wessen Jugendpartei wir sind. Aber wir vergessen auch nicht, welche
267 Partei in Regierungsverantwortung allein 2023 und 2024 Waffenexporte an Israel
268 im Wert von über 400 Millionen Euro mit genehmigt hat, trotz den dokumentierten
269 Verbrechen im Gazastreifen und trotz der Genozidvorwürfe gegen Israel. Dies
270 steht klar im Gegensatz zum Selbstverständnis als Menschenrechtspartei.

271 Solidarität darf niemals selektiv ausgeübt werden. Wir fordern die grüne Partei
272 dazu auf, sich konsequent an der Seite unterdrückter Menschen zu positionieren,
273 sich zum Völkerrecht zu bekennen und diesem Bekenntnis politische Taten folgen
274 zu lassen. Dazu gehört auch eine kritische Auseinandersetzung mit der teils
275 bedingungslosen Unterstützung für Israel und eine Aufarbeitung des häufig
276 einseitigen, pauschalisierenden und diskriminierenden Umgangs mit
277 Palästinasolidarität innerhalb der eigenen Partei. Wir fordern die Grünen dazu
278 auf, anzuerkennen, dass Israels Vorgehen im Gazastreifen laut verschiedenen
279 Menschenrechtsorganisationen und UN-Gremien zentrale Tatbestände der Genozid-

280 Konvention erfüllt. Verbunden damit ist eine politische Verantwortung dafür,
281 Waffenexporte nach Israel einzustellen und sich für Sanktionierung und
282 strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen einzusetzen.

283 Lebensrealität von Berliner*innen

284 In Berlin leben große palästinensische, arabische und jüdische Communities, hier
285 trauern Menschen um Angehörige, erleben Rassismus, Polizeigewalt und
286 Diffamierung und antisemitische Bedrohung & Gewalt. Eine klare
287 Solidaritätsposition in Berlin bedeutet deshalb, die Perspektiven der
288 Betroffenen im eigenen Kiez ernst zu nehmen, an der Seite derjenigen zu stehen,
289 die für ein Ende der Gewalt, für gleiche Rechte und für ein Leben in Sicherheit
290 eintreten, und ihnen Schutz vor staatlicher und gesellschaftlicher Repression
291 zuzusichern. Sie ist zugleich eine Absage an jede Form von Antisemitismus,
292 antimuslimischem Rassismus und anderer gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit,
293 und verbindet Antikriegs-, Antirassismus- und Sozialpolitik: Wer hier für
294 bezahlbaren Wohnraum, gegen Armut und für demokratische Freiheitsrechte kämpft,
295 kann nicht schweigen, wenn dieselben Menschen wegen ihrer Solidarität mit
296 Palästina überwacht, kriminalisiert und aus dem öffentlichen Raum gedrängt
297 werden oder Jüdinnen*Juden sich wegen der konstanten Bedrohung im öffentlichen
298 Raum nicht mehr sicher fühlen.

299 Forderungen

300 Wir wollen die Unsicherheit, Lähmung und Angst bezogen auf Israel und Palästina
301 in unserem Verband beenden und uns deutlich an der Seite des Völkerrechts und
302 aller unterdrückten Menschen positionieren. Wir erkennen die eklatanten
303 Versäumnisse unseres Verbandes und der grünen Partei in Bezug auf Palästina in
304 den letzten zwei Jahren hiermit an.

305 Die GRÜNE JUGEND Berlin erkennt an:

- 306 • Das israelische Vorgehen im Gazastreifen ist nach Einordnung verschiedener
307 Menschenrechtsorganisationen und UN-Gremien ein Genozid.
- 308 • Die gewaltsame Besatzungs- und Blockadepolitik der israelischen Regierung,
309 inklusive des Siedlungsbaus im Westjordanland, ist Ausdruck
310 siedlerkolonialer und rassistischer Gewalt und stellt von
311 unterschiedlichen Gremien und Menschenrechtsorganisationen eingeordnete
312 eklatante Menschen- und Völkerrechtsverletzungen dar.
- 313 • Kritik an Völkerrechtsbrüchen, Besatzung, Blockaden, dem Genozid, der
314 Siedlungspolitik und an der israelischen Regierung ist nicht
315 antisemitisch.
- 316 • Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus und alle anderen Formen von
317 Diskriminierung und struktureller Gewalt bekämpfen wir entschieden.

318 Die GRÜNE JUGEND Berlin fordert:

- 319 • Die Anerkennung eines palästinensischen Staates durch die deutsche
320 Bundesregierung.
- 321 • Den Rückbau der illegalen Siedlungen im Westjordanland sowie
322 Reparationszahlungen an die vertriebenen Palästinenser*innen.
- 323 • Strafrechtliche Verfolgung sowie politische und wirtschaftliche
324 Sanktionierung durch die Bundesregierung und die EU von für Völker- und
325 Menschenrechtsverstöße verantwortlichen Institutionen, Organisationen,
326 Unternehmen und natürlichen Personen.
- 327 • Sofortigen, dauerhaften Waffenstillstand und Ende aller militärischen
328 Angriffe auf Zivilpersonen und zivile Einrichtungen im Gazastreifen sowie
329 im Westjordanland.
- 330 • Einen gerechten Friedensprozess, der das Recht auf palästinensische
331 Selbstbestimmung vollumfänglich umsetzt. Außerdem die vollständige
332 Umsetzung dieses Rechts auch außerhalb dieses Prozesses.
- 333 • Den sofortigen Stopp aller Waffenlieferungen und militärischer
334 Unterstützung für Israel durch Deutschland und die EU.
- 335 • Uneingeschränkten, sicheren und dauerhaften Zugang humanitärer Hilfe nach
336 Gaza sowie die Aufhebung der Blockade, insbesondere von Nahrungsmitteln,
337 Medikamenten und Brennstoff.
- 338 • Konsequente Umsetzung der Haftbefehle des Internationalen
339 Strafgerichtshofs und die Einhaltung der Genozid-Konvention und
340 völkerrechtlicher Pflichten durch die internationale Gemeinschaft.
- 341 • Stärkung und Schutz zivilgesellschaftlicher Akteur*innen und
342 Menschenrechtsorganisationen auf beiden Seiten, die für Frieden,
343 Gerechtigkeit und Menschenrechte eintreten.
- 344 • Unterstützung der zivilgesellschaftlichen und politischen Opposition in
345 Israel durch die Bundesregierung.
- 346 • Einführung eines Aufnahmeprogramms für besonders schutzbedürftige Menschen
347 aus Gaza in Berlin und Deutschland, insbesondere Kinder, Verletzte und
348 Traumatisierte.
- 349 • Die regelmäßige Schaffung offener Debattenräume innerhalb unseres
350 Verbandes.
- 351 • Ungeteilte, internationale, antikoloniale, queere feministische und
352 kapitalismuskritische Solidarität von linken und progressiven
353 gesellschaftlichen und politischen Kräften mit allen Unterdrückten.

Begründung

Erfolgt mündlich